

## 1990 Das Ende des Ost-West-Konfliktes\*, Deutschlands Vereinigung und die Anerkennung der polnischen Westgrenze

von Christoph Kleßmann

Die Themenformulierung dieses Beitrags habe ich in einem Begriff verändert: statt Kalter Krieg verwende ich Ost-West-Konflikt. In dieser Änderung steckt ein wichtiges Problem, das ich gleich erläutern möchte, womit ich bereits mitten im Thema bin. Denn das Konzept dieser Tagung ist auf historische Wendepunkte, jeweils symbolisiert durch ein bestimmtes Jahr, ausgerichtet. Insofern ergibt sich zwingend die Frage, was vorher war und wie sich die Situation nach der Zäsur verändert hat oder verändern wird.

Das Jahr 1990 ist ohne Zweifel eine gewichtige Zäsur nicht nur in der deutschen, sondern in der europäischen und in der Weltgeschichte, auch wenn die langfristigen Folgen und künftigen Bewertungsmaßstäbe momentan noch keineswegs genau abschätzbar sind. Die plötzliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands hat niemand, der kein politischer Phantast war, erwarten können. Ihre Voraussetzung war der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums in Osteuropa und die Freigabe eines Ecksteins in diesem Herrschaftsgebäude: der DDR. Darüber hinaus gab es in dieser neuen und völlig unverhofft eingetretenen Konstellation eine eindeutige politische Option der DDR-Bevölkerung für die schnelle Vereinigung, die in ihrer alle politischen Planungen immer wieder überholenden Dynamik ebensowenig zu erwarten war.

Was bedeutet diese osteuropäische Revolution mit der Neuvereinigung Deutschlands für das deutsch-polnische Verhältnis? Welche neuen Perspektiven ergeben sich daraus, und inwieweit ruht dieser Teil des neuen „europäischen Hauses“ auf Fundamenten, die bereits früher gelegt wurden? Dieser Fragenkomplex soll im folgenden in fünf Abschnitten mit historischen Rückblicken bis 1945 zur Diskussion stehen.

Wenn man den Bogen zurückschlägt, könnte man konstatieren, daß 1990 politisch besiegelt wurde, was im Potsdamer Abkommen 1945 unter Vorbehalt vereinbart bzw. oktroyiert worden war: die Festlegung der

\* Das ursprüngliche Programm der Tagung hatte vom „Ende des Kalten Krieges“ gesprochen. Ch. Kleßmann begründet im folgenden, was ihn zu der Änderung bewogen hat (Anm. d. Red.).

Oder-Neiße als deutsch-polnischer Grenze. Zwar ist 1990 der völkerrechtlich umfassende Friedensvertrag, von dem in Potsdam noch ausgegangen wurde, im Sinne einer generellen Regelung aller anstehenden Probleme nicht mehr angestrebt worden. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag und die Einzelverträge der neuen Bundesrepublik mit Polen und der ČSFR sind jedoch als völkerrechtlich verbindlicher Ersatz eines solchen Friedensvertrages anzusehen. Das „Ende der Nachkriegszeit“ wurde zwar schon oft und zu unterschiedlichen Zeitpunkten von Politikern, Kommentatoren und Historikern verkündet, aber im Hinblick auf die deutsch-polnische Grenze hat diese Nachkriegszeit, so könnte man sagen, erst 1990 ihr wirkliches Ende gefunden. Was die neue Phase bringen wird, ist jedoch noch nicht absehbar.

Es gehört zu den intellektuellen „Unarten“ der Historiker, daß sie alle griffigen Zäsuren in Frage stellen und Kontinuitäten entdecken, die das Gewicht dieser liebgewordenen Zäsuren und Wendepunkte wieder relativieren. So schränken neuerdings gerade die Sozialhistoriker den Einschnitt von 1945 ein und betonen stärker bestimmte soziale Kontinuitätslinien. In Grenzen möchte ich dies aus einem primär politikhistorischen Blickwinkel jetzt auch hinsichtlich der Bedeutung des Jahres 1990 für das deutsch-polnische Verhältnis tun. Zugespitzt würde meine These lauten: 1990 ist kein Wendepunkt in den bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen, wenn man sich die positiven Ansätze einer Normalisierung dieser Beziehungen in den vorangegangenen Jahrzehnten in Erinnerung ruft, sondern eher der Höhepunkt eines langen und mühsamen Prozesses, an den es unter den neuen Bedingungen auch in Zukunft anzuknüpfen gilt. Daß dieses Jahr im bilateralen Verhältnis weniger deutlich Wendepunktcharakter trägt als für die innerdeutsche Entwicklung, hat wiederum historische Gründe.

Die Teilung Deutschlands war keine zwingende Folge des Zweiten Weltkriegs und der von Deutschland in Europa verübten Verbrechen, sondern eine Funktion des Kalten Krieges. Anders die Abtrennung der deutschen Ostgebiete: Sie wurde seit 1941 unter den Alliierten erörtert und bildete ein unmittelbares Ergebnis des von den Nationalsozialisten angezettelten Eroberungs- und Vernichtungskrieges in Osteuropa. Diese Abtrennung wurde somit lange vor dem Kalten Krieg ins Auge gefaßt und konnte — anders als die deutsche Teilung — auch nicht revidiert werden, als der Kalte Krieg und später der Ost-West-Konflikt zu Ende gingen. Der Kalte Krieg war eine Phase innerhalb dieser politischen Konstellation des Systemkonflikts zwischen westlichen Demokratien (inklusive einiger Diktaturen oder autoritärer Staaten) und dem kommunistischen Herrschaftssystem. Beide umfassen daher unterschiedliche Zeiträume. Der

Ost-West-Konflikt als potentiell globale Konfliktkonstellation begann 1917 mit der bolschewistischen Revolution als ideologischem, politischem und ökonomischem Gegenstück zur kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsordnung und endete in Europa 1990/91 mit dem völligen Zusammenbruch des sowjetkommunistischen Imperiums und der inneren Auflösung der Sowjetunion. Innerhalb dieses Zeitraums von fast 75 Jahren umfaßt die Phase des Kalten Krieges die Phase von 1947 bis in die 60er, nach anderen Interpretationen bis in die 70er Jahre. Nach dem Ende des Kalten Krieges war jedoch noch keineswegs der Ost-West-Konflikt beigelegt. Ebenso wenig war die Möglichkeit eines Rückfalls in den Kalten Krieg gebannt. Der Krieg in Afghanistan und die Auseinandersetzungen um die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa rückten die Möglichkeit noch einmal in greifbare Nähe. Aber die innen- und außenpolitischen Verhältnisse zeigten spätestens in den 70er Jahren eine deutliche Veränderung gegenüber den früheren Jahrzehnten, so daß ein solcher Rückfall auf größere Hindernisse stieß. Zugespitzt: das sukzessive Ende des Kalten Krieges seit den frühen 60er Jahren wurde eine Voraussetzung für die innere Erosion des Ostblocks, aus der sich schließlich der Zusammenbruch und das Ende des globalen Ost-West-Konflikts entwickelten. In diesen Zusammenhang gehört auch die gegenwärtig heftig geführte Debatte um die Rolle der Entspannungspolitik in den 70er Jahren.

Diese Überlegungen sind wichtig, um das deutsch-polnische Verhältnis differenziert in den Blick nehmen zu können. Die polnische Nachkriegsgeschichte läßt sich nicht — ebensowenig wie die der DDR — als einheitliche stalinistische Periode von 1945 bis 1989 charakterisieren, sondern weist erhebliche innere Unterschiede auf. Diese Feststellung ist eigentlich banal, jedoch m.E. nötig angesichts öffentlicher Debatten, in denen solche Differenzierungen untergehen und der Antikommunismus von vorgestern wieder Urständ zu feiern droht. Um diese zeitliche Differenzierung an einem konkreten Beispiel zu exemplifizieren: Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und die anschließenden Konferenzdebatten, die ja nicht nur einen unverbindlichen Schlagabtausch unterschiedlicher Positionen und Geschichtsinterpretationen bedeuteten, wären unter den Bedingungen des Kalten Krieges nicht möglich gewesen. Sie fanden statt in einer Zeit beträchtlicher innerer und beziehungsgeschichtlicher Wandlungen in Polen und Deutschland, räumten Hindernisse aus dem Weg, ebneten Wege der Verständigung und schufen Voraussetzungen zur Neuordnung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Gleichwohl blieben systembedingte politische Barrieren, die erst mit dem Ende der kommunistischen Diktatur in Polen und mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, der Annäherung von West- und Osteuropa und der defini-

tiven, völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der deutschen Ostgrenze beseitigt wurden.

In groben Zügen möchte ich zunächst die verschiedenen Phasen des deutsch-polnischen Verhältnisses nach 1945 charakterisieren, um anschließend die Frage nach dem Wendepunktcharakter von 1990 zu erörtern.

## 1. Die Phase des Stalinismus in Polen

Für geregelte Beziehungen zwischen Polen und Deutschland gab es in der Gründungsphase der Bundesrepublik keine Chancen. Die kommunistisch dominierte Regierung Polens hatte schon 1947/48 gegen den Marshall-Plan protestiert, dem sich Polen aus ökonomischen Gründen zunächst anschließen wollte, aber wegen des sowjetischen Vetos nicht durfte. Die außenpolitische Polemik gegen den Marshall-Plan richtete sich jedoch gegen Westdeutschland, weil das amerikanische Hilfsprogramm einem westdeutschen Staat zum schnellen Wiederaufbau verhelfen sollte.

Innenpolitisch waren die Beziehungen zwischen beiden Völkern dreifach vergiftet: die noch frische polnische Erinnerung an die Schrecken der nationalsozialistischen Okkupation, die ebenso prägende deutsche Erinnerung an die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den an Polen gefallen Gebieten, schließlich die Gründung der DDR, die auf staatlicher Ebene volksdemokratische Freundschaft zu Polen proklamierte, die Grenze im Görlitzer Vertrag von 1950 anerkannte und das „Umsiedlerproblem“ politisch für gelöst erklärte und sich so überall als Kontrast zur Bundesrepublik präsentierte.

Der westdeutsche, von den Westalliierten verbal seit 1947 unterstützte Revisionsvorbehalt hinsichtlich der Oder-Neiße führte in Polen zur rigorosen Unterdrückung und Polonisierung der verbliebenen Deutschstämmigen, verunsicherte jedoch zugleich die in den Westgebieten angesiedelte polnische Bevölkerung nachhaltig. Diese Bevölkerung glaubte nicht an die Endgültigkeit der Grenzziehung und rechnete über kurz oder lang mit der Rückkehr der Deutschen. Dieses Leben im Provisorium verhinderte einen schnellen und zielstrebigem Aufbau und gab so indirekt der westdeutschen Wahrnehmung vom „Verfall im deutschen Osten“ Auftrieb. Erst mit dem Ende des Stalinismus in Polen 1956 eröffneten sich neue Perspektiven für wirkliche Veränderungen im deutsch-polnischen Verhältnis.

## 2. Entstalinisierung in Polen und Ansätze einer westdeutsch-polnischen Annäherung nach 1956

Der polnische „Frühling im Oktober“ ist in Westdeutschland mit großer Aufmerksamkeit registriert worden. Gleichzeitig gab die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch sowjetische Panzer dem Kalten Krieg innen- und außenpolitisch erneut massiven Auftrieb. Die Chancen zu einer Verständigung mit der Sowjetunion und Osteuropa erhielten dadurch einen drastischen Dämpfer. Das Tauwetter in Polen hat dennoch zu lebhaften Debatten in der westdeutschen Öffentlichkeit, im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt über den künftigen Kurs einer deutschen Polenpolitik geführt.

Zwar hielt die relative Liberalisierung in Polen nur wenige Jahre an, aber die Sonderrolle Polens im Block (Polen als „fröhlichste Baracke im Lager“) blieb doch fast ein Jahrzehnt erhalten. Außenpolitische Initiativen wie der Rapacki-Plan zur Schaffung einer militärisch verdünnten, atomwaffenfreien Zone fanden jedoch in dieser Phase in der Öffentlichkeit größere Resonanz als in der Bonner Politik. Adenauers Fixierung auf das Axiom „Entspannung muß von Fortschritten in der Wiedervereinigung abhängig gemacht werden“ blockierte bis in die 60er Jahre hinein eine flexible deutsche Ostpolitik. Der andere Grund für das Scheitern einer deutsch-polnischen Annäherung war innenpolitischer Natur. Der Einfluß der Vertriebenenverbände verhinderte eine ernsthafte Orientierung an Alternativen, wie sie von Wilhelm Grewe, dem Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, und Karl Georg Pfeleiderer, dem Deutschen Botschafter in Belgrad, und ansatzweise auch von Außenminister von Brentano vorgeschlagen wurden.

Da sich die Beziehungsgeschichte zwischen Völkern nicht primär auf der Ebene der staatlichen Diplomatiegeschichte abspielt, zeigt sich für die Phase ab 1956 jedoch trotz politischer Stagnation ein insgesamt vielfältiges und interessantes Bild. Die Vertriebenenverbände mit ihrer Forderung nach Recht auf Heimat und ihrer strikten Ablehnung der Grenzanerkennung bestimmten keineswegs die öffentliche Meinung in ähnlich ausschließlicher Form wie etwa in Weimar die Gegner von Versailles. Vielmehr hat die Versöhnungs- und Normalisierungspolitik der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt eine lange innenpolitische Vorgeschichte, die 1956 beginnt. Im einzelnen ließe sich diese Vorgeschichte gut verfolgen anhand der Debatten in der liberalen Presse, der steigenden Zahl von deutschen Übersetzungen polnischer Literatur, dem wachsenden Interesse an polnischen Filmen, polnischer Plakatkunst, Graphik und

Musik, der publizistischen und wissenschaftlichen Beschäftigung mit Themen der polnischen Geschichte und Gegenwart.

Nur zwei Beispiele möchte ich hier nennen:

- a) den Fernsehfilm und das gleichnamige Taschenbuch von Hansjakob Stehle, dem langjährigen Polenkorrespondenten der FAZ, des WDR und der ZEIT, mit dem Titel „Deutschlands Osten — Polens Westen?“ Diese um Verständnis und Differenzierung bemühte Reportage erregte großes Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit — von breiter Zustimmung bis zu wütender Ablehnung, nachzulesen in dem genannten Taschenbuch von 1964.
- b) Eine noch erheblich größere Resonanz löste die berühmte Ost-Denkschrift der Kammer der EKD von 1965 aus. Dieses Dokument, das im übrigen nicht einmal explizit für eine Anerkennung der Oder-Neiße plädierte, ist so bekannt, daß sich hier ein näheres Eingehen darauf erübrigt.

Solche Initiativen spiegelten nur einen Ausschnitt aus der öffentlichen Meinung, aber sie trugen wesentlich zu ihrer Veränderung bei, wie sich anhand von demoskopischen Umfragen belegen ließe. Wie mühsam gleichwohl der Abschied von lieb gewordenen Illusionen aus Zeiten des Kalten Krieges war und welcher intensiven politischen Anstrengungen es bedurfte, um auch auf der politisch-staatlichen Ebene einen Durchbruch zu einem Neubeginn zu erreichen, zeigte dann die Geschichte der neuen Ostpolitik unter Willy Brandt.

### 3. Der Warschauer Vertrag als Aufbruch zu neuen Ufern?

Vor 1989 galten die Ostverträge zumindest für diejenigen, die nicht zu ihren fundamentalistischen Gegnern gehörten, als Markstein in der Geschichte der Bundesrepublik und als komplementäre Ergänzung zu Adenauers außenpolitischen Weichenstellungen für die Westintegration. Seit der Revolution in Osteuropa und der deutschen Vereinigung sind die Ostverträge stark in den Hintergrund getreten oder in den Dunstkreis der Kritik an der Entspannungspolitik insgesamt geraten. Wo ist der Warschauer Vertrag von 1970 von heute aus historisch einzuordnen? War er Wendepunkt, Durchgangsstation oder Sackgasse? Die Antwort scheint mir eindeutig. Peter Bender hat sie so formuliert: „Wenn die Historiker später fragen, wer den Deutschen nach Hitlers Krieg die Einsicht in die Notwendigkeit abgerungen hat, werden sie Brandt nennen und nicht Kohl.“

Der Warschauer Vertrag war ein Wendepunkt auf der politisch-staatlichen Ebene und erlaubte fortzusetzen, was vorher unterhalb dieser Ebene schon in Gang gekommen war. Freilich blockierten bestimmte Interessen und einseitige Interpretationen auf beiden Seiten eine umfassende Normalisierung. Die Gegner des Vertrages in Teilen der Union und bei den Vertriebenenverbänden betonten den Rechtsvorbehalt und verkehrten damit den Sinn des Vertrages allmählich ins Gegenteil. Denn ohne Zweifel war die Absicht, die Endgültigkeit der Grenze sicherzustellen. Auf der anderen Seite konnten und wollten die kommunistischen Regierungen Polens sich nicht ernsthaft und fair mit den historischen und aktuellen Aspekten von Flucht und Vertreibung und mit den Problemen der Situation der deutschen Minderheit und den Ausreisewünschen deutschstämmiger Familien befassen. Die immer wieder praktizierte Verknüpfung von Menschenrechten und Geld, von Wirtschaftshilfe, Entschädigungszusagen und Ausreisenerleichterungen verlieh den Beziehungen einen peinlichen Beigeschmack.

Mit dem Warschauer Vertrag waren also keineswegs alle großen Probleme im bilateralen Verhältnis gelöst. Das für Polen so wichtige und bittere Thema der Entschädigung der Opfer der NS-Herrschaft gehörte ebenso dazu wie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 hinsichtlich der Fortgeltung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937, für die deutsche Seite gehörte dazu die Praxis der Umsiedlung und Zusammenführung, die in der Regel mit diskriminierenden Prozeduren und Schikanen verbunden war und keineswegs dem Geist des Vertrages entsprach. Während der Helsinki-Konferenz von 1975 gelang es Bundeskanzler Schmidt und Parteichef Gierek, diesen Knoten aufzulösen. Das zwei Monate später von den Außenministern Genscher und Olszowski unterzeichnete Abkommen verband die Pauschalabgeltung von Renten und Sozialversicherungsansprüchen ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter im Reich mit einem Milliardenkredit und einem langfristigen wirtschaftlichen Kooperationsprogramm. Zugleich wurde in der leidigen Umsiedlerfrage eine Quote von 125 000 festgelegt.

Das entspanntere Klima und das 1976 geschlossene Kulturabkommen erleichterten die Vertiefung und Erweiterung gesellschaftlicher Kontakte. Die Schulbuchgespräche, die jährlichen deutsch-polnischen Foren, die Städtepartnerschaften und universitären Kooperationen, die zahlreichen deutsch-polnischen Gesellschaften und Initiativen sowie das 1980 gegründete Polen-Institut in Darmstadt wären hier als Stichworte zu nennen. Von ihnen gingen immer wieder Impulse aus, um das in der Öffentlichkeit schwindende Interesse an Polen wachzuhalten und einen konkreten Bei-

trag zu liefern für das so oft beschworene Ziel: den Warschauer Vertrag mit Leben zu erfüllen.

Vor diesem historischen Erfahrungshintergrund der jüngsten Zeit läßt sich daher mit Peter Bender die Frage nach der Bedeutung des Warschauer Vertrages am einfachsten mit der Gegenfrage beantworten: „Wo stünden Polen und Westdeutsche heute, wenn sie den Vertrag nicht hätten?“ Es ist kaum denkbar, daß all die angedeuteten Verbindungen ohne ihn realisierbar gewesen wären. Vielleicht kann man noch einen Schritt weitergehen: Auch die spontane Hilfe für Polen 1982 im „Kriegszustand“ wäre ohne den Normalisierungsprozeß des Warschauer Vertrages kaum so erfolgt. Die Einstellung der Deutschen zur Solidarność war (vor allem in den letzten Monaten ihrer legalen Existenz) durchaus ambivalent. Der Enthusiasmus in der Bundesrepublik über den Mut der Streikenden in Danzig ließ nach, je länger die Doppelherrschaft von Partei und Gewerkschaft dauerte, je mehr sich die Wirtschaftslage verschlechterte und die Käuferschlangen länger wurden. „Die sollen lieber arbeiten statt streiken“, war eine offen oder verdeckt im Westen und Osten Deutschlands gleichermaßen zu hörende Empfehlung, die zwar nicht einfach falsch war, aber in der auch ein Stück vom alten Stereotyp über die „polnische Wirtschaft“ und den „faulen Polen“ steckte.

Anders in der Phase der akuten materiellen und sozialen Not nach Ausrufung des Kriegsrechts. Wollte man einen Vergleich ziehen, der natürlich wie immer hinkt, müßte man auf die Welle der Polenfreundschaft nach dem gescheiterten Aufstand von 1830 verweisen, um ähnliche Beispiele spontaner Hilfsbereitschaft zu entdecken. Allein 1982 schickten Bundesbürger zusammen mit karitativen Organisationen über zwei Millionen Lebensmittel- und Kleiderpakete nach Polen. Politische Kritik — in moderater Form, weil man die außenpolitische Zwangssituation für Jaruzelski erkannte — ließ sich mit humanitärer Hilfe verbinden. Die uneingestandene Erleichterung der Deutschen über das Ende der „politischen Unvernunft“ forderte zugleich zur Hilfeleistung gegenüber den Polen heraus, die immer noch darunter zu leiden hatten, daß sie die Beute sowohl von Nazis wie von Sowjets geworden waren.

#### **4. Verordnete Freundschaft und latente Ablehnung zwischen DDR und Polen**

Zur gleichen Zeit, als 1982 die Hilfsaktionen in der Bundesrepublik anliegen, packte die FDJ organisierte Solidaritätspakete, um unter anderen Vorzeichen zu helfen, nachdem die marxistisch-leninistische Welt in Ost-

mitteleuropa wieder in Ordnung gebracht worden war. Dieses Verhältnis zwischen Polen und der DDR kann hier nur knapp angedeutet werden, darf jedoch im Rahmen des Themas nicht völlig fehlen.

Andrzej Krzemiński hat im September 1990 in Weimar in einer Rede sehr treffend auf einige neuralgische Punkte im ostdeutsch-polnischen Verhältnis hingewiesen: „Wir haben uns nie sonderlich gemocht, die Polen und die DDR-Deutschen. Wir Polen durften mehr, haben es auch erzwungen, ihr Deutsche hattet mehr, habt es zum Teil erarbeitet, zum Teil bekommen von denen, die die ‚menschliche Erleichterung‘ mit ‚eingefädelttem‘ Geld erreichen wollten. Ihr hieltet Euch auch für etwas Besseres. Es klingen uns noch die arroganten Worte aus der ersten Solidarność-Zeit und dem Kriegszustand in den Ohren: die sollen lieber arbeiten anstatt zu streiken. Daß Ihr heute die Werkzeuge von der Deutschland-Fahne abtrennen konntet, verdankt Ihr auch diesen Streikenden von damals. Daß Ihr aber heute selber streikt, verdankt Ihr der normalen Logik der harten Währung und der Ernüchterung, daß man doch manchmal auch den Rasen betreten muß, wenn man seine Lage ändern will.“

Die im Rahmen des osteuropäischen Bündnissystems verordnete Freundschaft hatte zwar für Polen sicherheitspolitisch auch ihre positiven Seiten, aber sie blieb an der Oberfläche und verhinderte sogar eine gründlichere Aufarbeitung der Hypothesen der Vergangenheit. Andererseits bot Polen mit seiner größeren inneren Bewegungsfreiheit der eingesperrten DDR-Bevölkerung viele Jahre relativ attraktive Möglichkeiten zum nichtorganisierten Urlaub, und für die kleinen oppositionellen Zirkel in der DDR waren die polnischen Dissidenten vom Oktober 1956 bis zur erneuten Legalisierung der Solidarność und der Etablierung des „runden Tisches“ 1989 ein faszinierendes Beispiel für die Perspektive politischer Veränderungen. Die Mentalität der Mehrheit der DDR-Bevölkerung war jedoch viel deutlicher als in der Bundesrepublik von einer ungebrochenen Tradition der vorurteilsgeladenen Überlegenheit und Ablehnung gegenüber dem östlichen Nachbarn geprägt. Das ostdeutsch-polnische Verhältnis zeichnete sich somit durch verschiedene Faktoren aus, die sich in anderer Mischung auch in der Bundesrepublik finden ließen.

Das neue Gesamtdeutschland hat mit beiden Erbteilen in Zukunft zu tun. Für die ostdeutschen Länder scheint mir jedoch das, was im Vertrag vom 17. Juni 1991 vereinbart wurde, angesichts der Diskrepanz von verordneter Freundschaft und tatsächlicher Distanz die größere Herausforderung zu sein.

## 5. Polen und das vereinigte Deutschland

Die völlig unerwartete Revolution und der Zusammenbruch der DDR haben die Erinnerung an Polens Rolle im osteuropäischen Erneuerungsprozeß weitgehend verdrängt. Der „runde Tisch“ war eine polnische Erfindung und symbolisierte wie kein anderes Möbel die friedliche Kooperation von Establishment und Opposition, von Kommunisten und Dissidenten, d.h. einen Übergang, in dem das marode alte System in halbwegs geordneten Formen die Macht an das so oft beschworene Volk zurückgeben mußte.

Mit der verbindlichen Bekräftigung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ist nach einer Phase deprimierender politischer Ungeschicklichkeiten und erbärmlicher Taktiererei in dieser sensiblen Materie ein großes Hindernis auf dem Wege der deutsch-polnischen Normalisierung beseitigt worden. Andere Probleme lassen sich noch kaum überschauen. Wie in Deutschland der Vereinigungsprozeß verarbeitet wird, wie germanozentrisch oder wie offen gegenüber Osteuropa das neue Deutschland sein wird — nicht zuletzt unter finanziellen Aspekten —, ist heute noch kaum abzusehen. Immerhin gibt es einige hoffnungsvolle Ansätze dafür, daß die positiven Traditionen im deutsch-polnischen Verhältnis, die es auch immer gab, zum Zuge kommen und nicht die chauvinistischen. Völlig offen ist ebenfalls, wie Polen die Roßkur von Wirtschaftsreform und demokratischer Neugestaltung überlebt.

Die noch vom Bundestag und von der Volkskammer der DDR verabschiedete Erklärung vom 21. Juni 1990 und der Grenzvertrag zwischen Deutschland und Polen vom 14. November 1990 verweisen auf das Abkommen von Görlitz 1950 und den Warschauer Vertrag von 1970 als Stationen auf dem langen Weg der endgültigen Grenzankennung. Im Zuge der Neuordnung Europas ist diese Grenze somit definitiv, und in Polen sollte man anders klingenden schrillen Stimmen, die eher Randscheinungen sind, nicht zuviel Bedeutung beimessen. Wichtiger für die Zukunft dürfte der Vertrag über „gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991 sein. Es gibt in der langen Geschichte beider Länder und Völker kein politisches Dokument, das ähnlich umfassend wie dieser Vertrag das Ziel einer Neuordnung der beiderseitigen Beziehungen formuliert. Als Vorstufe ließe sich die ähnlich ausführliche gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 14. November 1989 heranziehen, die in 78 Punkten ein ähnlich breites Themenfeld absteckt. Sie fand allerdings im Schatten der sich überstürzenden politischen Veränderungen in Deutschland nur geringe Aufmerksamkeit.

Das Problem für die Zukunft scheint mir jedoch darin zu liegen, daß diese großartige Absichtserklärung Papier bleibt und daß im Zuge der Normalisierung Polen in der deutschen Außenpolitik kaum noch eine Lobby hat. Es ist möglich, daß Polen seine bisherige Sonderrolle verlieren wird, weil der politische Systemkonflikt nicht mehr existiert. Es könnte insofern auch eine „Normalisierung“ im Sinne eines banalen Desinteresses in Deutschland an Polen wie im übrigen Osteuropa geben. Diesem Trend muß entgegengetreten werden. Davon wird es abhängen, ob in Zukunft einiges von dem, was im Freundschaftsvertrag formuliert ist, auch die Realitäten des Alltags in den historisch so belasteten bilateralen Beziehungen bestimmt und das Vertragswerk insofern als Wendepunkt anzusehen ist.

### Literaturhinweise

- Der Beitrag, für den wegen seines Charakters auf Fußnoten verzichtet wird, basiert u.a. auf folgender Literatur:
- Peter Bender, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag*. München 1986.
- Ders., *20 Jahre Warschauer Vertrag*, in: *Die Neue Gesellschaft* 37 (1990), S. 1069-1074. Bonn — Warschau 1945-1991. *Die deutsch-polnischen Beziehungen*, hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen u. Mieczysław Tomajła. Köln 1992.
- Karl Hartmann, *Polen und die Vereinigung Deutschlands*, in: *Osteuropa* 40 (1990), H. 8, S. 761-765.
- Christoph Kleßmann, *Polen und Deutsche im 20. Jahrhundert*, in: *Wissenschaft und politische Bildung*, hrsg. v. Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991, S. 66-78.
- Stanisław Lisiecki, *Polish Public Opinion and the Unification of Germany*, in: *Polish Western Affairs* 32 (1991), H. 1, S. 165-181.
- Hansjakob Stehle, *Adenauer, Polen und die Deutsche Frage*, in: *Adenauer und die Deutsche Frage*, hrsg. v. Josef Foschepoth. Göttingen 1988, S. 80-98.
- Länderbericht Polen*, hrsg. v. Wilhelm Wöhlke. Bonn 1991 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung.).

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_